

Aspekte der Agrarpolitik 2009

Christine Wieck, Andreas Rüter und Thomas Heckelei
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

1. Einleitung

Die agrarpolitischen Entwicklungen im Jahr 2009 waren auf der internationalen Ebene durch einen weitgehenden Stillstand der Verhandlungen zur Doha-Runde der Welthandelsorganisation gekennzeichnet. Dieser Verzögerung im Bemühen um Fortschritte in der multilateralen Handelsordnung standen unverminderte Aktivitäten im Rahmen bilateraler Verhandlungen der EU mit Partnerländern gegenüber, die im handelspolitischen Teil häufig auch den Agrarsektor berühren. Auf der positiven Seite ist auch die Beilegung des langjährigen Disputes zur EU-Bananenmarktordnung zu vermerken. Potentiell relevante Gipfel zu Nahrungsmittelsicherheit und Klimawandel brachten wenig konkrete Ergebnisse.

Auf EU-Ebene trat nach einem langen Ratifizierungsprozess der Vertrag von Lissabon in Kraft, der unter anderem den Einfluss des Europäischen Parlamentes im (agrar-)politischen Entscheidungsprozess stärkt. Im engeren Agrarbereich beschäftigten vor allem der Milchmarkt und die Lage der Milchbauern die politische Diskussion und veranlassten die Verabschiedung verschiedener Marktstützungsmaßnahmen und Beihilfen. Für die Verwendung der Mittel aus dem „Health Check“ 2008 und dem EU-Konjunkturprogramm wurden die ländlichen Entwicklungsprogramme auf die definierten Schwerpunktbereiche hin angepasst. Ein Weißbuch zum Klimawandel begleitet von einem Arbeitsdokument zur Anpassung der Landwirtschaft setzt einen noch unverbindlichen Aktionsrahmen der EU-Politik im Hinblick auf diese Herausforderung, der über die bisher beschlossenen Maßnahmen hinausgeht. Weitere erwähnenswerte EU-weite Entwicklungen sind die Maßnahmen zur Vereinfachung der GAP, der Abschluss der Reform des Zuckersektors, die Verabschiedung von der Nulltoleranzlinie bei Futtermittelimporten im Hinblick auf die Verunreinigung mit gentechnisch veränderten Sorten und Vorschläge der Kommission zur Verbesserung der EU-Markttransparenz in der Lebensmittelkette. Bei den spezifischen deutschen Entwicklungen hat die Senkung der Mineralölsteuer für Agrardiesel kurzfristig die finanziell größte Bedeutung für die Landwirtschaft. Die Gemüter wurden aber auch durch

die Veröffentlichung der Empfänger von EU-Subventionszahlungen erregt, die erst nach gerichtlicher Klärung und Druck durch die EU-Kommission in Deutschland umgesetzt wurde. Weitere Entwicklungen und Diskussionen betrafen das Genmaisverbot, Lebensmittelimporte und die „Ampelkennzeichnung“ von Lebensmitteln.

2. Internationale Entwicklungen

2.1 Welthandelsorganisation

Stand der Doha-Verhandlungen

Die Verhandlungen zur Doha-Runde der Welthandelsorganisation (WTO) ruhten weitgehend im ersten Halbjahr 2009. Lediglich technische und informelle Beratungen in kleineren Formaten fanden unter dem am 22.04.2009 zum neuen Vorsitzenden ernannten neuseeländischen Botschafters David Walker statt. Erst die Bestätigung durch die Regierungschefs des G8+G5-Gipfels in Italien, im Juli 2009 die Doha-Runde im Jahr 2010 abzuschließen zu wollen, und ein weiteres Treffen wichtiger Handelsminister in Delhi im September brachten das lange benötigte neue Moment in die Gespräche. Seit Ende September 2009 finden nun im multilateralen Kontext wieder Gespräche statt. Die Modalitäten vom 06.12.2008 (WTO, 2008), wie dargestellt an dieser Stelle in der letztjährigen Agrarwirtschaft, bilden weiterhin die Verhandlungsbasis. Neben technischen Details, wie die Vorlagen, die zur Protokollierung der offiziellen Zugeständnisse („commitments“) im Agrarbereich genutzt werden sollen, wurden offene Punkte der Modalitäten im Bereich der Sonderregelungen für Entwicklungsländer, wie die für spezielle Produkte, spezielle Schutzmechanismen (SSM) und das Aussetzen von Zollpräferenzen (WTO, News Item 20.11.2009) beraten. Auch über besondere „Blue Box“-Regelungen bezüglich der inländischen Subventionen für Baumwolle der USA wurde diskutiert (WTO, News Item 25.09.2009). Weiterhin rief Botschafter Walker die Mitglieder am 20.11.2009 dazu auf, die zugesagten Daten über den inländischen Verbrauch und Produktion zur Verfügung zu stellen, um mit dem Erstellen

der Datenmasken beginnen zu können und die tatsächlichen Verpflichtungen der Mitgliedsstaaten berechnen zu können. Ende November 2009 fand dann die siebte WTO-Ministerkonferenz in Genf statt, die bewusst nicht als Verhandlungsrunde gedacht war, sondern als eine Plattform, um die „Funktionsfähigkeit der WTO“ zu überprüfen (WTO, 2009a). Am Rande dieser Konferenz wurde beschlossen, voraussichtlich im März 2010 eine Bestandsaufnahme der Verhandlungen der Doha-Runde durchzuführen, um diese möglichst noch im Jahr 2010 abschließen zu können.

Streitschlichtungsverfahren

Die Streitigkeiten der EU mit den südamerikanischen Staaten Ecuador, Honduras (DS-27) und Kolumbien (DS-361) über die begünstigten Importbedingungen für Bananen aus den AKP-Staaten konnten im Dezember 2009 beigelegt werden (EUROPÄISCHE KOMMISSION, Pressemitteilung 15.12.2009). Die Einigung beinhaltet die Senkung der Zölle für Drittstaaten von 176 €/t auf 114 €/t mit einer sofortigen Kürzung von 28 €/t, nachdem alle Parteien der Einigung formal zugestimmt haben. Zum Ausgleich sollen afrikanische und karibische (AKP)-Staaten, die aufgrund ihrer geringeren Wettbewerbsfähigkeit Verluste durch die Regelung erleiden werden, von Ausgleichszahlungen in Höhe von 200 Mio. € profitieren. Weiterhin hat die USA erklärt, den WTO-Handelskonflikt um Bananen mit der EU einzustellen.

Für das Produkt Geflügelfleisch beantragte die US-Regierung im Januar 2009 Beratungen aufgrund eines bestehenden EU-Importverbots von behandeltem Geflügelfleisch (DS-389). Dies darf nach EU-Regeln nur mit kaltem Wasser gewaschen werden oder mit Substanzen, die ausdrücklich von der EU zu diesem Zweck genehmigt sind. Die in den USA verwendeten Substanzen (Chlordioxid, Trinatriumphosphat, Peroxidsäure) sind in der EU nicht zugelassen, wodurch der Import von Geflügel in die EU nicht ermöglicht wird (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2009a). Laut Beschwerdetext der USA mangelt es an wissenschaftlichen Beweisen, die diese Regelung nach WTO-Recht rechtfertigen würden (WTO, 2009b).

2.2 Bilaterale Abkommen

Stand der Verhandlungen zu den „Economic Partnership Agreements“ (EPAs)

Die EU bot allen AKP-Staaten, die die Verhandlungen über ein Interim-EPA aufnahmen oder bereits aufgenommen hatten, ab dem 01.01.2008 uneingeschränk-

ten Marktzugang („duty free, quota free“) zum europäischen Markt an, da das Ziel, die EPA-Verhandlungen vor dem Auslaufen der WTO-Ausnahmeregelung („waiver“) Ende 2007 abzuschließen, nicht erreicht werden konnte. (EUROPÄISCHE KOMMISSION, Pressemitteilung 04.04.2007). Trotzdem bleiben viele AKP-Staaten skeptisch, da sie durch den reziproken Charakter der Abkommen negative Auswirkungen auf ihre heimischen Märkte fürchten (AMOA, 20.10.2009). Das bisher einzige umfassende EPA wurde mit den Staaten der Karibik (CARIFORUM) im Oktober 2008 geschlossen. Es beinhaltet die Liberalisierung der Märkte für EU-Importe für 61,1 % des Warenwertes innerhalb von 10 Jahren, 82,7 % innerhalb von 15 Jahren und 86,9 % innerhalb von 25 Jahren. Die größten Ausnahmen und längsten Übergangsphasen gelten für Agrarprodukte, Chemikalien, Möbel und Bekleidung (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2008a).

Mit anderen AKP-Staaten wurden Interim-EPAs abgeschlossen, um eine Störung der Handelsbeziehungen mit der EU zu vermeiden. So haben Ghana und die Elfenbeinküste Ende 2008 ein Interim-EPA abgeschlossen und wollen 80 % bzw. 81 % ihres Handelsvolumens mit der EU innerhalb von 15 Jahren liberalisieren. Hiervon ausgenommen wurden sensible Produkte wie Geflügel, andere landwirtschaftliche Produkte und einige weitere landesspezifische Güter. Die anderen westafrikanischen Länder mit Ausnahme von Nigeria und Cap Verde sind „Least Developed Countries“ (LDCs) und haben somit im Rahmen der „Everything-but-Arms“- (EBA)-Initiative quoten- und zollfreien Zugang zum europäischen Markt. Für ein vollständiges EPA sollte sich die Wirtschaftsgemeinschaft der Westafrikanischen Staaten (ECOWAS) und die EU bis Oktober 2009 auf Bestimmungen über den Handel mit Gütern einigen, um im Januar 2010 über Bestimmungen für den Handel mit Dienstleistungen zu verhandeln. Teil dieses EPA-Abkommens soll ein Entwicklungsprogramm (PAPED) sein, um die Wettbewerbsfähigkeit der Region zu stärken, die Implementierung des EPA zu finanzieren und regionale Integration zu fördern (EUROPÄISCHE KOMMISSION, Pressemitteilung 17.06.2009).

Mit den Staaten Botswana, Lesotho und Swasiland der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrikas (SADC) hat die EU am 04.06.2009 (EUROPÄISCHE KOMMISSION, Pressemitteilung 04.06.2009) ebenfalls ein Interim-EPA abgeschlossen, das die Abschaffung von Zöllen für 86 % des Handelsvolumens in den nächsten vier Jahren vorsieht. Falls Mosambik das Abkommen ebenfalls unterschreibt,

will es bis 2013 81 % der Importe liberalisieren. Südafrika und Angola haben das Abkommen zunächst nicht unterzeichnet, sollen jedoch in den Abschluss des umfassenden EPAs einbezogen werden. Südafrika wird im Rahmen eines bilateralen Abkommens ähnliche Liberalisierungen vornehmen, während Angola als LDC bereits unter dem EBA-Abkommen Zugang zum europäischen Markt gewährt wird. Erschwert wird der Verhandlungsprozess über ein vollwertiges EPA durch die Mitgliedschaft der SADC Staaten in mindestens einer weiteren regionalen Wirtschaftsgemeinschaft (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2009b).

Nachdem sich die EU Ende 2007 mit sechs Staaten des östlichen und südlichen Afrikas (Komoren, Seychellen, Madagaskar, Mauritius, Sambia, Simbabwe) auf ein Interim-EPA einigte, wird mit den Staaten der neu gegründeten ostafrikanischen Zollunion (EAC) weiterhin verhandelt. Vor allem über Herkunftsregeln (auch im Falle des schon abgeschlossenen Interim-EPA) und die Öffnung der Märkte für Dienstleistungen muss ein Kompromiss gefunden werden (EUROPÄISCHE KOMMISSION, Pressemitteilung 29.08.2009). Der Rahmen für den Abbau von Zöllen beträgt für die EAC 82,6 % (in Werten) innerhalb von 25 Jahren, während Ausnahmen u.a. für Agrarprodukte und Kleidung gelten sollen (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2009c).

In der Pazifik-Region wurde mit Papua-Neuguinea, das in der Region der größte Handelspartner der EU ist, im Juli 2009 ein Interim-EPA abgeschlossen (EUROPÄISCHE KOMMISSION, Pressemitteilung 30.07.2009). In den nächsten 15 Jahren sollen 88 % der von der EU eingeführten Güter von Zöllen befreit werden. Für Fidschi, falls es das Abkommen ebenfalls unterzeichnet, werden es 87 % der Güter sein. Auch hier wird an einem umfassenden EPA, das die gesamte Region einbeziehen soll, gearbeitet (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2009d).

Weitere bilaterale Abkommen

Die EU bietet den Ländern, die von der Weltbank nicht als Länder mit hohem Einkommen eingestuft werden, besondere gestaffelte Handelspräferenzen an.

Unter das Standard-GSP-Abkommen (Generalised System of Preferences) fallen alle die Länder, die nicht LDC sind und sich nicht durch die Erfüllung besonderer Auflagen für das GSP+-Abkommen qualifiziert haben. Von der Zollbefreiung unter dem Standard-GSP sind Produkte größtenteils ausgeschlossen, die als sensibel gekennzeichnet bzw. landwirtschaftlicher Herkunft sind. Für diese gelten lediglich reduzierte Zolltarife. Dem gegenüber sind unter dem GSP+ alle in Annex II, EU-Verordnung Nr. 732/2008, aufgeführten Produkte zollfrei. Jedoch erfüllen momentan nur 16 Staaten die Anforderungen hierfür. Zu den Anforderungen zählt die Unterzeichnung und Umsetzung verschiedener Übereinkommen zur nachhaltigen Entwicklung und der verantwortungsvollen Regierungsführung. Ebenfalls muss das Land als „gefährdet“ angesehen werden, was der Fall ist, wenn die fünf größten Zollkapitel der Exporte in die EU mehr als 75 % der Gesamtexporte ausmachen. Außerdem darf der Anteil der Exporte des Landes in die EU nicht mehr als 1 % der Gesamtimporte der EU ausmachen (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2009e).

Hinsichtlich der EBA-Initiative galten für Reis und Zucker bis zum Ende der Übergangsphase (Ende August 2009 bzw. Ende September 2009) Einfuhrbeschränkungen. Mit ihrem Wegfall erreicht die EBA-Initiative im Oktober 2009 ihren vollen Umfang und ermöglicht damit allen von der UN als LDC eingestuft Ländern die quoten- und zollfreie Einfuhr aller Güter (außer Waffen und Munition) (EUROPÄISCHE KOMMISSION, Pressemitteilung 01.10.2009). Eine Übersicht über die drei Abkommen gibt Tabelle 1.

Für Zucker aus Nicht-LDC-AKP-Staaten gilt von 2009-2015 die freie Einfuhr unter den Bedingungen, dass weder die Gesamtmenge des importierten Zuckers aus allen AKP-Staaten 3,5 Mio. t/Jahr überschreitet, noch die Einfuhr aus Nicht-LDC-AKP-Staaten 1,38 Mio. t im Marktjahr 2008/09, 1,45 Mio. t in 2009/10 und 1,6 Mio. t je Marktjahr 2010/11-2014/15 übersteigt. Laut der Europäischen Kommission ist ein Überschreiten dieser Höchstmengen in den nächsten Jahren unwahrscheinlich (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2008b).

Tabelle 1. Überblick über Importerleichterungen der EU

Name	Staaten	Güter	Anwendbar für	Importbestimmungen	Handelsvolumen 2008
Standard GSP	176	3 200	Entwicklungsländer	Zollfreiheit**	56 900 000 €
GSP+	16	6 336	besondere Auflagen*	Zollfreiheit**	5 800 000 €
EBA	49	7 140	nur LDC	Zoll- und Quotenfreiheit	5 800 000 €

Hinweis: * Liste der Länder, siehe Entscheidung der Kommission (2008/938/EC) vom 09.12.2008; ** außer empfindliche Güter, siehe Verordnung No 732/2008 vom 22.07.2008

Quelle: EUROPÄISCHE KOMMISSION (2009e)

Mit dem am 15.10.2009 geschlossenen Freihandelsabkommen mit Südkorea (EUROPÄISCHE KOMMISSION, Pressemitteilung 15.10.2009a) ergeben sich für die europäische Landwirtschaft Handels erleichterungen in Höhe von etwa 1,6 Mrd. €, während auf koreanischer Seite Einsparungen in Höhe von 1,4 Mrd. € erwartet werden. Zollfreiheit gilt mit Inkrafttreten des Abkommens für Äpfel, Pfirsiche, Weintrauben, Fruchtsäfte, Wein, Oliven, Tomatenpüree, Schnittblumen, Hähnchenfleisch, Milch- und Milchprodukte. Andere Nahrungs- und Genussmittel werden zum Teil nach einer Übergangszeit von 15 Jahren zollfrei. Ausgenommen von der Liberalisierung wird Reis, und auch für Orangen, Knoblauch, Pfeffer und Ginseng bleiben die bestehenden Zollsätze erhalten. Vor der Ratifizierung werden in Korea hitzige Diskussionen erwartet, da für die Landwirtschaft erhebliche Produktions- und Einkommenseinbußen erwartet werden (HILPERT, 2009).

Während der Ratssitzung am 20.10.2009 hat der Rat für Wirtschaft und Finanzen den Abschluss des Abkommens über die Liberalisierung des Handels mit Agrarprodukten zwischen der EU und Israel genehmigt (RAT DER EUROPÄISCHEN UNION, 2009a). Bereits im August 2008 kam es zu der Einigung über eine vollständige Handelsliberalisierung von 95 % für beide Seiten, während für die übrigen 5 % (sensible Güter) eine Reduzierung der Zölle vereinbart wurde (EUROPÄISCHE KOMMISSION, Pressemitteilung 01.08.2008).

2.3 Weitere internationale Entwicklungen

OECD-FAO Agricultural Outlook 2009-2018

Die Prognosen der OECD und FAO für den Agrarsektor über die nächsten 10 Jahre wurden erschwert durch die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise, da die mittelfristigen Auswirkungen der dadurch ausgelösten starken Preisschwankungen nur schwer abzuschätzen sind. Die „Baseline Projection“ (BP) kann dieser Tatsache nur unzureichend Rechnung tragen und ist daher mit Vorsicht zu genießen. In einem eigenen Kapitel werden die Auswirkungen einer länger andauernden und tieferen weltweiten Rezession mit geringer angenommenen BIP und Einkommen untersucht.

In der BP wird eine Erholung der Preise gegenüber dem Niveau von 2007/08 erwartet, jedoch liegen die projizierten Preise weiterhin über denen der Periode von 1997-2006. So sollen die durchschnittlichen Preise für Getreideerzeugnisse um 10-15 %, von Pflanzenölen sogar um 30 % über dem Niveau der

vorherigen Periode liegen. Demgegenüber werden leicht niedrigere Fleischpreise erwartet, da der Bedarf nach hochwertigen Fleischprodukten durch das geringere Einkommen zu Beginn der Periode zugunsten günstiger Ersatzprodukte zurückgehen wird. Ebenfalls verteuern sich viele Milchprodukte, da sich die Preise für deren Substitutionsprodukte durch die höheren Pflanzenölpreise ebenfalls verteuern (Butter: +12 %). Extreme Preisschwankungen, wie zuletzt 2007/08 beobachtet, können auch in Zukunft nicht ausgeschlossen werden.

Weiterhin wird dem Agrarsektor eine geringere Krisenanfälligkeit als anderen Sektoren bescheinigt, was auf die hohen Preise in der jüngsten Vergangenheit und eine relativ einkommensunelastische Nachfrage zurückzuführen ist. Anfällig zeigt sich der Agrarsektor jedoch für höhere Rohölpreise, die zu einer geringeren Produktion bei höheren Input-Preisen führen. Biodiesel ist hier nur konkurrenzfähig, wenn der Rohölpreis über einem Niveau von ca. 60-70 US\$ liegt.

Ob die benötigte Produktionssteigerung von 70 % bis 2050 angesichts einer wachsenden Weltbevölkerung erreicht werden kann, macht die Studie zum einen von Produktivitätssteigerungen, zum anderen auch von der Ausweitung der landwirtschaftlichen Fläche bis zum Jahr 2050 abhängig. Etwa 40 % des Wasserverbrauchs der OECD-Länder ist der Landwirtschaft zuzuschreiben, und der Großteil (99 %) dieses Wassers wird zur Bewässerung benötigt. Die Studie rechnet nicht mit einer weiteren Ausweitung des Bewässerungsfeldbaus, was den Ackerbau stärker abhängig von der natürlichen Wasserversorgung macht. Hierbei sind die Auswirkungen des globalen Klimawandels von zentraler Bedeutung.

Trotz durchaus positiver Tendenzen erklärt die Studie auch, dass dem Hunger, unter dem mittlerweile 1 Mrd. Menschen weltweit leiden, nur mit langfristigen Maßnahmen der Armutsbekämpfung und der wirtschaftlichen Entwicklung begegnet werden kann (OECD & FAO, 2009).

Weltgipfel zur Nahrungsmittelsicherheit

Während des von der Food and Agricultural Organisation (FAO) ausgerichteten „World Summit on Food Security“ verabschiedeten Regierungsvertreter am 16.11.2009 eine Deklaration zur Bekämpfung des weltweiten Hungers (FAO, 16.10.2009). Darin wurde das Ziel erneuert, die Zahl der weltweit hungernden Menschen bis 2015 zu halbieren, was jedoch angesichts des neuerlichen Überschreitens der Marke von

1 Mrd. Hungernden als nicht erreichbar gilt. Weiterhin wurden keinerlei konkrete Zusagen über finanzielle Mittel zur Erreichung des Ziels gemacht. Von der FAO wurden jährlich 44 Mrd. US\$ für die Unterstützung der Landwirtschaft in Entwicklungsländern gefordert und die Benennung des Ziels zur vollständigen Beseitigung des Hungers bis 2025. Auch wurde die lange andauernde Vernachlässigung des Agrarsektors, vor allem der Kleinbauern, in der Entwicklungszusammenarbeit kritisiert und die Bedrohung der Landwirtschaft durch den Klimawandel hervorgehoben (TIMES ONLINE, 16.10.2009).

Klimagipfel Kopenhagen

Von Seiten der FAO (2009) und anderen internationalen Organisationen (ICTSD & IPC 2009a, 2009b) wird verlangt, die Landwirtschaft in einer möglichen Klimakonvention zu berücksichtigen. Hierbei wird hervorgehoben, dass die Landwirtschaft für 14 % der weltweiten Treibhausgas-(THG)-Emissionen verantwortlich ist und erhebliches Einsparpotenzial besteht. Dies soll im Einklang mit einer nachhaltigen Landnutzung und der Förderung angepasster Produktionsweisen an die jeweiligen natürlichen Verhältnisse geschehen. Somit soll das Ziel der THG-Einsparung auch mit der Verbesserung der langfristigen Nahrungsmittelversorgung vereinbar sein. Inwiefern die Landwirtschaft bereits in den Entwürfen berücksichtigt wird, ist Gegenstand eines Artikels der wöchentlichen Zeitschrift „Bridges“ des ICTSD (2009). Aufgrund der Tatsache, dass keine gemeinsame Abschlusserklärung des Gipfels mit verbindlichen Ergebnissen zustande kam, wird sich auch die Relevanz der Forderungen bezüglich der Landwirtschaft erst mit den zukünftigen Verhandlungen herausstellen.

3. Entwicklungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)

Die GAP des Jahres 2009 war vor allem im ersten Halbjahr geprägt von den Turbulenzen am Milchmarkt. Im zweiten Halbjahr nahm die Diskussion um eine Reform der Agrarpolitik nach Ablauf der gültigen Finanzperiode im Jahr 2013 an Schwung auf, und zahlreiche Reformvorschläge zirkulierten in Deutschland und auf EU-Ebene. Weiterhin endete das Mandat der EU-Kommission am 31.10.2009 und damit auch die Amtsperiode von Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel. Nachdem im Lauf des Jahres mehrere

Namen für diesen Posten kursierten, ist nun Dacian Cioloș aus Rumänien für diesen Posten vorgeschlagen worden. Auf der Grundlage von Artikel 17 des Vertrags über die Europäische Union muss das EU-Parlament dieser Nominierung zustimmen. Die öffentlichen Anhörungen der nominierten Kommissare im EU-Parlament finden im Zeitraum 11.-19.01.2010 statt, so dass mit dem Arbeitsbeginn der neuen Kommission zu Beginn des Frühjahrs 2010 gerechnet werden kann.

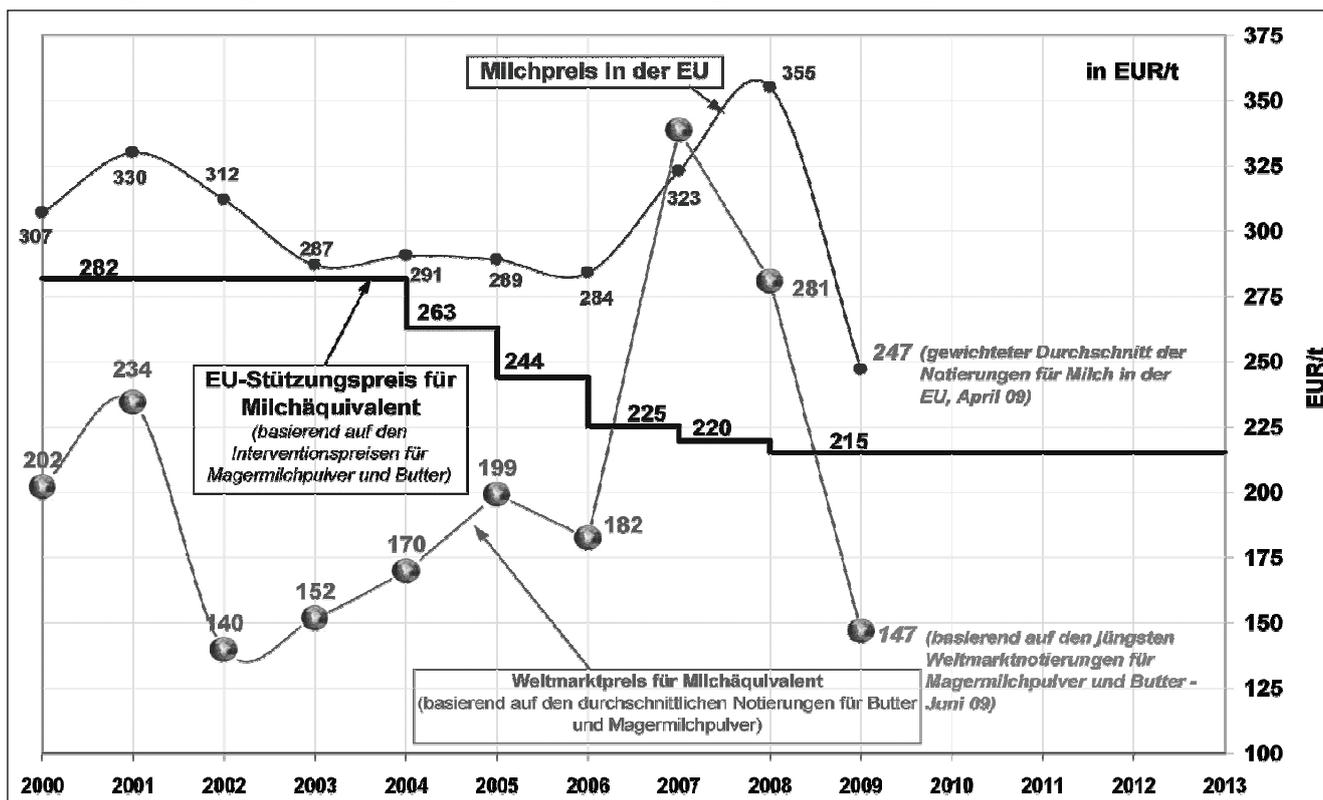
3.1 Politische Maßnahmen zur Stützung der Milchbauern

Europäische Entwicklungen und Maßnahmen

Nachdem der Weltmarktpreis, gemessen in Milchäquivalenten, im Zuge der Nahrungsmittelkrise im Jahr 2007 und der ersten Hälfte 2008 Höchstwerte erreichte, sank er bis Juni 2009 auf 147 €/t und somit den tiefsten Stand seit 2002 (Abbildung 1). Dieser rapide Preisverfall um mehr als 55 % in zwei Jahren fiel zusammen mit dem letzten Abschnitt der stufenweisen Absenkung des europäischen Interventionspreises von 282 €/t vor der Reform 2003 bis auf 215 €/t im Jahr 2009. Somit wirkt sich der reduzierte Interventionspreis zum ersten Mal seit drei Jahren auf den europäischen Milchpreis aus, der ebenso wie der Weltmarktpreis auf ein historisches Tief von 247 €/t fiel. Der Preis je Liter betrug im Juli durchschnittlich 24 ct, in manchen Mitgliedsstaaten fiel er sogar unter 21 ct (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2009f).

Ebenfalls wurde im Zuge des Gesundheitschecks beschlossen, die Milchquote bis 2015 auslaufen zu lassen. Um eine „weiche Landung“ zu ermöglichen, ist bis 2013 eine jährliche Aufstockung um 1 % geplant, während der Fettkorrekturfaktor sukzessive herabgesetzt werden soll. Die Produktion in der EU wurde zum 31.03.2009 um 4,2 % geringer geschätzt als durch die Milchquote vorgegeben (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2009f: 3), so dass schon im abgelaufenen Quotenjahr die Quote nicht mehr voll ausgenutzt wurde und es daher nicht einfach ist, einen kausalen Zusammenhang zwischen Aufstockung der Quote und Preisverfall herzustellen, wie häufig geschehen. Im zweiten Halbjahr 2009 hat sich die Lage sowohl auf dem europäischen als auch auf dem weltweiten Milchmarkt etwas entspannt. So sind die Verbraucher- und Erzeugerpreise über das Interventionsniveau gestiegen und die Interventionskäufe sind minimal (RAT DER EUROPÄISCHEN UNION, 2009b).

Abbildung 1. Vergleich EU-Milchpreis und Weltmarktpreis für Milchäquivalent



Quelle: EUROPÄISCHE KOMMISSION (2009f): 4

Im Laufe des Jahres 2009 hat die Kommission eine Reihe von Maßnahmen erlassen, die helfen sollen, die Milchpreise zu stabilisieren. Im Frühjahr wurde kurzfristig die Verlängerung der Interventionsperiode für Butter und Magermilchpulver über den 01.08.2009 hinaus beschlossen. Weiter wurde in Betracht gezogen, diese Maßnahme in der nächsten Saison ebenfalls anzuwenden. Eingelagert wurden von März bis Juni 2009 bereits 81 500 t Butter bzw. 8 % der Produktion, bis Oktober 2009 kamen weitere 1 500 t hinzu. Für die über der im Health Check festgelegten Höchstmenge von 30 000 t liegende Menge an Butter wurden Preise von 99,2 % des Interventionspreises (2 218 €/t) gezahlt. Die Menge eingelagerten Magermilchpulvers betrug von März bis Juni 2009 231 000 t, bzw. 43,5 % der Produktion, bis Oktober 2009 kamen weitere 52 000 t hinzu. Für die über der im Health Check beschlossene Menge von 109 000 t Magermilchpulver wurden Preise von bis zu 98,9 % des Interventionspreises (1 698 €/t) gezahlt. Die Lagerbestände bleiben solange eingelagert, bis sie ohne Störungen auf dem Binnen- oder Weltmarkt abgesetzt werden können. Weiterhin wurde im Oktober beschlossen, die Interventionsaufkäufe

bis Ende Februar 2010 zu ermöglichen, um einen reibungslosen Übergang in die nächste Interventionsperiode sicherzustellen. Die Beihilfe für die private Lagerhaltung von Butter wurde bereits zwei Monate früher als gewöhnlich gewährt, jedoch wurden bis Juni 2009 14 000 t weniger als 2008 eingelagert. Ab dem 23. Januar 2009 wurden die Ausfuhrerstattungen für alle Milchprodukte wieder eingeführt. Die beantragten Lizenzen bewegten sich bis Mai 2009 auf dem Vorjahresniveau, im Juni jedoch deutlich darunter.

Das Schulmilchprogramm wurde nach der Erweiterung von Juli 2008 (EUROPÄISCHE KOMMISSION, Pressemitteilung 11.07.2008) nochmals auf mehr Produkte ausgeweitet (EUROPÄISCHE KOMMISSION, Pressemitteilung 15.10.2009b). Weitere Programme zur Absatzförderung konnten von den Mitgliedsstaaten bis Mitte Oktober der Kommission vorgeschlagen werden.

Weiterhin ermöglichte die EU-Kommission, dass bis zu 70 % der Direktbeihilfen in diesem Jahr bereits sechs Wochen früher, also Mitte Oktober 2009, ausgezahlt werden konnten. Mitte September 2009 hat die Kommission das Verfahren eingeleitet, das es den

Mitgliedsstaaten erlaubt, den Bauern eine einmalige Beihilfe von bis zu 15 000 € zu gewähren, um ihre Liquidität sicherzustellen. Ebenso schlägt sie vor, den Milchsektor unter Art. 186 der Verordnung über die Gemeinsame Marktordnung (RAT DER EUROPÄISCHEN UNION, 2007) einzuschließen, um die Kommission bei Marktstörungen zu befähigen, rascher die notwendigen Maßnahmen zu treffen. Ebenso will es die Kommission den Mitgliedsstaaten überlassen, die Quotenregelung dahingehend zu ändern, dass die durch einen Mitgliedsstaat aufgekauften Quotenmengen bei der Entscheidung über die Erhebung einer Zusatzabgabe nicht zur nationalen Reserve gezählt werden. Der Teil der Zusatzabgabe, der den aufgekauften Quotenmengen entspricht, kann vom Mitgliedsstaat einbehalten und für die Umstrukturierung des Milchsektors genutzt werden (EUROPÄISCHE KOMMISSION, Pressemitteilung 09.10.2009).

Den Mitgliedsstaaten steht es offen, die besondere Stützung im Sinne von Art. 68, VO Nr. 73/2009 in Höhe von 10 % des Finanzrahmens für einheitliche Flächenzahlungen auf den Milchsektor anzuwenden. Weiterhin wurden den Mitteln zur Entwicklung des ländlichen Raumes durch das Konjunkturpaket 4,2 Mrd. € zur „Bewältigung neuer Herausforderungen“ hinzugefügt. Die Umstrukturierung des Milchsektors fällt darunter. Für die verschiedenen Marktmaßnahmen bringt die Kommission im Jahr 2009 ca. 600 Mio. € auf (EUROPÄISCHE KOMMISSION, Pressemitteilung 09.10.2009). Der europäische Milchfonds, von Fischer Boel mit 280 Mio. € ausgestattet und vom EU-Parlament auf 300 Mio. € aufgestockt, ist Teil dieses Pakets. Das Geld dieses Fonds wird gemäß der Milchquoten des Jahres 2008/09 auf die Mitgliedsstaaten verteilt und ist vorgesehen für Betriebe, die nachhaltig durch die niedrigen Preise geschädigt wurden und Liquiditätsprobleme aufweisen. Die Mitgliedsstaaten haben bis Ende Februar 2010 Zeit, objektive Kriterien für die Verteilung der Gelder in Brüssel vorzulegen (EUROPÄISCHE KOMMISSION, Pressemitteilung 4.12.2009).

Um die Perspektiven im Milchsektor längerfristig zu verbessern, hat die Europäische Kommission eine hochrangige Expertengruppe „Milch“ beauftragt herauszufinden, „ob neue Maßnahmen zu einer weiteren Stabilisierung der Märkte und der Erzeugereinkommen, zur Verringerung der Preisvolatilität und zu mehr Markttransparenz beitragen können“ (EUROPÄISCHE KOMMISSION, Pressemitteilung 05.10.2009). Insbesondere soll sie sich mit den folgenden Punkten befassen:

- Vertragsbeziehungen zwischen Milcherzeugern und Molkereien
- Stärkung der Verhandlungsmacht der Milcherzeuger
- Zweckmäßigkeit der momentanen Marktinstrumente
- Transparenz und Verbraucherinformation, Qualität, Gesundheitsfragen und Kennzeichnung
- Innovation und Forschung
- Möglichkeiten eines Terminmarktes für Milcherzeugnisse

Initiiert von Bauern in diversen europäischen Ländern und maßgeblich mitgetragen von deutscher Seite gab es massive Proteste gegen die Milchpolitik der EU, die Lieferboykotte (SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, 10.09.2009), das Düngen von Feldern mit Milch (SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, 22.09.2009) und das Verschütten von Milch umfassten. Die Kommission will jedoch grundsätzlich an den getroffenen Regelungen festhalten, um die Liberalisierung des Milchsektors voranzubringen. Die Forderungen der Interessenverbände sind indes uneinheitlich. Während der Deutsche Bauernverband zwar die Ausweitung der Hilfsmaßnahmen für Milchbauern, nicht aber ein Aussetzen der Milchquotenaufstockung fordert (SÜDDEUTSCHE ZEITUNG 15.05.2009), verlangt der Bund Deutscher Milchviehhalter weiterhin drastische Markteingriffe zur Stützung des Milchpreises (BDM Standpunkte).

Deutsches Vorgehen

Aufgrund der oben genannten Proteste und der Bedeutung der Milchviehhaltung für die Mittelgebirgslagen, die Alpen und die Küsten sah sich die deutsche Bundesregierung veranlasst, weitere Hilfsmaßnahmen für die deutschen Milchviehhalter zu beschließen. Mit einem Beschluss vom 16.12.2009 wurde ein 750-Mio.-€-Hilfsprogramm auf den Weg gebracht, das zu Teilen aus dem Bundeshaushalt und aus EU-Mitteln finanziert wird (BMELV, 2009a). Circa 250 Mio. € sind hier für Hilfen vorgesehen, von denen nicht nur die Milchbauern, sondern alle landwirtschaftlichen Betriebe profitieren werden: Aufstockung der Mittel für die landwirtschaftliche Unfallversicherung (200 Mio. €) und ein Krisen-Liquiditätsprogramm (50 Mio. €), das zinsverbilligte Kredite für landwirtschaftliche Unternehmen bereitstellt (BMELV, 2009b). Das speziell auf die Milchbauern zugeschnittene Sonderprogramm (Milch-Sonderprogramm MilchSoPrG) enthält die folgenden Maßnahmen für die Jahre 2010 und 2011:

- Grünlandprämie für Milcherzeugungsbetriebe mit Grünland. Förderfähig sind 3 ha Grünland je Kuh mit voraussichtlich 37 €/ha Grünland
- Kuhprämie in Höhe von 21 € je Kuh

Weiterhin stehen Deutschland aus Mitteln des europäischen Milchfonds circa 61 Mio. € zur Verfügung (EUROPÄISCHE KOMMISSION, Pressemitteilung 04.12.2009), mit denen eine zusätzliche Grünlandprämie in Höhe von circa 20 €/ha Grünland finanziert werden soll. Für die Umsetzung sollen Referenzdaten aus dem Jahr 2009 herangezogen werden.

Zusätzlich wurde die Auszahlung der Direktzahlungen auf den 01.12.2009 vorgezogen. Ebenso erhofft sich die Bundesregierung positive Wirkungen auf die Milchbauern von der Entlastung beim Agrardiesel (siehe Abschnitt 4.1), einer Stärkung der Exportförderung, den noch einzuleitenden Maßnahmen zur Verbesserung der Molkereistruktur, den weiteren Mitteln aus der zweiten Säule und dem EU-Konjunkturprogramm.

3.2 Verwendung der Mittel aus Health Check und Europäischem Konjunkturprogramm: Änderungen der Entwicklungsprogramme für den ländlichen Raum

Durch die GAP-Health-Check-Entscheidungen von 2008 werden den Mitgliedsstaaten und Regionen zusätzlich 3,9 Mrd. € für ländliche Entwicklungsprogramme zur Begegnung „neuer Herausforderungen“ im Zeitraum der Jahre 2010-2013 zur Verfügung gestellt (EUROPÄISCHE KOMMISSION, Pressemitteilung 16.12.2009). Diese Gelder können in einem oder mehreren der folgenden Schwerpunktbereiche ausgegeben werden:

- Klimawandel
- Wasserwirtschaft
- Erneuerbare Energien
- Biologische Vielfalt
- Umstrukturierung des Milchsektors
- Innovationen in einem dieser Schwerpunktbereiche

Aus dem Europäischen Konjunkturprogramm (EERP) stehen in diesem Zeitraum weitere 1 Mrd. € für den Ausbau der Breitbandnetze in ländlichen Gebieten und zur Förderung in den anderen genannten Schwerpunktbereichen zur Verfügung (EUROPÄISCHE KOMMISSION, Pressemitteilung 16.12.2009). Die Maßnahmen, basierend auf den europäischen Geldern, müssen durch entsprechende nationale Mittel kofinanziert werden, so dass ein noch deutlich höheres Geldvolu-

men in den nächsten Jahren in den ländlichen Raum fließen wird. Vor der Genehmigung der Projekte müssen die Entwicklungsprogramme für den ländlichen Raum angepasst werden. Ab 2010 müssen die Mitgliedstaaten bzw. Regionen über die Verwendung der Mittel und die Auswirkungen der Programme der Kommission berichten (EUROPÄISCHE KOMMISSION, Pressemitteilung 02.10.2009).

Zwischen Oktober und Dezember des Jahres 2009 wurden 80 ländliche Entwicklungsprojekte entsprechend angepasst, so dass nun circa 4,6 Mrd. € investiert werden können. Ein Großteil der Mittel wird sich auf die Bereiche Biologische Vielfalt (31 %), Wasserwirtschaft (29 %), Klimawandel (15 %) und Umstrukturierung des Milchsektors (14 %) konzentrieren (EUROPÄISCHE KOMMISSION, Pressemitteilung 16.12.2009). Für die Bundesländer in Deutschland ist die in Tabelle 2 dargestellte Aufteilung vorgesehen.

3.3 EU-Weißbuch zum Klimawandel

Nachdem 2007 die von der Europäische Kommission in Auftrag gegebene Studie über die Anpassungsfähigkeit der Landwirtschaft an den Klimawandel (AEA ENERGY & ENVIRONMENT, 2007) erschien, wurde im April 2009 das Weißbuch über einen europäischen Aktionsrahmen zur Anpassung an den Klimawandel veröffentlicht (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2009g). Hierzu ergänzend liegt das Arbeitsdokument über die Anpassung der Landwirtschaft und der ländlichen Gebiete vor (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2009h), in dem die Bedeutung weitreichender Anpassungsmaßnahmen hervorgehoben wird, um die „Sicherung der Klimaresistenz, der sozioökonomischen Lebensfähigkeit von Landwirtschaft und ländlichen Gebieten und der Übereinstimmung mit den Zielen des Umweltschutzes“ zu erreichen. Die bisherigen Maßnahmen im Rahmen des Health Check seien diesen Zielen förderlich, zugleich müssen aber sowohl auf einzelbetrieblicher wie auch auf sektoraler Ebene dezidierte Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel durchgeführt werden. Dabei sei das Ausmaß der Klimaveränderungen regional zu differenzieren und nur mit Unsicherheit vorherzusagen. Neben den generellen Trends von steigenden und sinkenden Temperaturen bzw. Niederschlägen werde auch mit einer Zunahme von Extremereignissen gerechnet, die zu erheblichen Schäden in einzelnen Regionen und/oder Betrieben führen können. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, sollen Maßnahmen bevorzugt werden, die den Zielen der nachhaltigen Bewirtschaftung dienen („No-regrets“) und

Tabelle 2. Verteilung der Gelder auf Schwerpunktprogramme

	Insgesamt	Klimawandel	Erneuerbare Energien	Wasserwirtschaft	Biodiversität	Umstrukturierung Milchsektor	Innovation	Breitband
	€	davon in %						
Bayern	144,2	60		20	20			
Baden- Württemberg	59,9	26			31	44		
Brandenburg /Berlin	85,3	17		20	21	43		
Hamburg	1,3	17	48	15	20			
Hessen	32,5			9	77	14		
Mecklenburg- Vorpommern	93,5	4		50	6	40		
Niedersachsen/ Bremen	138,8	44		18	14	24		
Nordrhein- Westfalen	74,6			20	55	26		
Rheinland- Pfalz	28,4	3	4		68	18		8
Saarland	3,3	9		37	37	18		
Sachsen	71,0	8	19	17	19	37		
Sachsen- Anhalt	86,7	59		9	26	6		
Schleswig- Holstein	58,7	12	12	16	26	29	6	
Thüringen	63,4	10			57	33		

Quelle: EUROPÄISCHE KOMMISSION, Pressemitteilung 24.11.2009; EUROPÄISCHE KOMMISSION, Pressemitteilung 16.12.2009

sowohl der Anpassung als auch dem Klimaschutz dienen (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2009h).

Im Juli dieses Jahres ist ein korrespondierendes Arbeitspapier (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2009i) zum Klimaschutz erschienen, in dem das Einsparpotential von Treibhausgasen (THG) in der Landwirtschaft untersucht wird. Der Anteil der THG-Emissionen aus der Landwirtschaft in Europa ging demnach von 11 % 1990 auf 9,2 % im Jahr 2007 zurück. Dies ist vor allem auf einen Rückgang in der Viehhaltung zurückzuführen. Dieser Trend soll auch in Zukunft beibehalten bleiben, wobei weniger auf eine verminderte, sondern vielmehr eine effizientere Produktion gesetzt werden soll. Auch soll die Energieeffizienz z.B. durch den vermehrten Einsatz von Biomasseanlagen verbessert werden. Ebenso sollen Bewirtschaftungsmethoden und der Einsatz von Düngemitteln verbessert werden. Darüber hinaus kann auch der klimabewusste Konsum z.B. durch die Kennzeichnung der Lebensmittel mit der Menge der für die Produktion aufgewendeten THG zur Einsparung von THG beitragen. Diesen Weg beschreitet bereits eine schwedische Initiative, die unter anderem von der nationalen landwirtschaftlichen Interessenvertretung und der Nahrungsmittelindustrie initiiert wurde. Viele Lebensmittel und Produkte von Fast-Food-Ketten werden mit der aufgewendeten Menge an THG gekennzeichnet (SPIEGEL ONLINE, 07.11.2009).

3.4 Weitere Entwicklungen in der GAP

Vereinfachung der GAP

Im März 2009 hat die hochrangige Gruppe unabhängiger Interessenträger („Stoiber-Gruppe“) ihre Stellungnahme über die Senkung der Verwaltungskosten im Agrarbereich veröffentlicht (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2009j). Diese beinhaltet eine Bestandsaufnahme der bisher durchgeführten Maßnahmen und Empfehlungen zum weiteren Abbau unnötiger Verwaltungslasten. So wird festgestellt, dass die Verwaltungskosten, die durch die EG-Verordnung 1782/2003 über gemeinsame Regelungen für Direktzahlungen entstehen (ersetzt durch 73/2009) bzw. 1291/2000 über gemeinsame Durchführungsvorschriften für Einfuhr- und Ausfuhrlicenzen (ersetzt durch 376/2008), um 50 % bzw. 85 % reduziert werden können. Durch die Stellungnahme der „Stoiber-Gruppe“ sieht sich die Kommission in ihren Bemühungen bestätigt, die Verwaltungskosten bis 2012 um 25 % zu senken (EUROPÄISCHE KOMMISSION, Pressemitteilung 18.02.2009).

Konkrete Maßnahmen werden im „Action Plan“ der Europäischen Kommission aufgeführt, der in der Aktualisierung vom 13.03.2009 50 Vorhaben umfasst, von denen sich acht in Bearbeitung befinden. Hierzu gehört die Einführung einheitlicher Informationssysteme für den Gemeinsamen Markt und

Direktzahlungen (Vorschlag 12 und 19) und die Harmonisierung der Umsetzung und Terminologie von Rechtsakten mit ähnlicher Funktion in verschiedenen Sektoren (Vorschlag 10 und 46). Auch die Regelungen über die Gemeinsame Marktordnung sollen überarbeitet werden (Vorschlag 41) (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2009k).

Außerdem wurden europäische Regeln über die Größe und Form von 26 Obst- und Gemüsesorten zum 1. Juli 2009 abgeschafft. Für zehn weitere Obst- und Gemüsesorten, darunter Erdbeeren, Äpfel und Tomaten, bleiben die Normen zwar grundsätzlich bestehen, der Verkauf von nicht diesen Normen entsprechenden Früchten kann aber von den Mitgliedsstaaten erlaubt werden, sofern die Früchte entsprechend gekennzeichnet sind (EUROPÄISCHE KOMMISSION, Pressemitteilung, 30.06.2009).

Abschluss der Reform des Zuckersektors

Die in diesem Jahr zum Abschluss gekommene und 2006 begonnene Reform (RAT DER EUROPÄISCHEN UNION, 2006) des Zuckersektors hatte zum Ziel, den europäischen Zuckersektor konkurrenzfähig zu machen und das seit fast 40 Jahren bestehende System an geltende WTO-Regeln anzupassen. Hintergrund der Reform sind die mit WTO-Abkommen eingegangenen Verpflichtungen, marktverzerrende Subventionen abzubauen. Für die meisten Agrarsektoren geschah dies bereits im Zuge des GAP-Reformpakets von 2003. Nun musste auch der Zuckersektor liberalisiert und wettbewerbsfähig gemacht werden, da mit dem Auslaufen des Zuckerabkommens mit den AKP-Staaten (siehe Abschnitt 2.3), den am wenigsten entwickelten Staaten („LDCs“) unter dem „Everything but Arms“-Abkommen freier Marktzugang gewährt wird.

Hauptbestandteile der Reform waren die Absenkung des garantierten Mindestpreises um 36 % auf 404,10 €/t ab dem Jahr 2009/10 und die Reduzierung der Quote um 5,8 Mio. t (Ziel: 6 Mio. t) im Rahmen eines Umstrukturierungsplans in den Jahren 2006-2009. Im Zuge dieser Maßnahmen verringerte sich die Zahl der Zucker produzierenden Mitgliedsstaaten von 23 auf 18, wodurch sich der Zuckerrübenanbau in den Staaten mit den günstigsten Anbaubedingungen konzentrierte. 70 % der Gesamtzuckermenge stammen aus den sieben Mitgliedsstaaten mit den höchsten Produktionsmengen. Weiterhin ist eine vorbeugende Rücknahme von Quoten möglich, jedoch kam die Kommission aufgrund von Schätzungen der Zuckerrübenenerzeugung, der Zuckerherstellung und der

Importe zu dem Schluss, dass auch für das laufende Wirtschaftsjahr 2009/10 keine Notwendigkeit für eine obligatorische Rücknahme bestehe. (EUROPÄISCHE KOMMISSION, Pressemitteilung 06.03.2009).

Genetisch veränderte Pflanzen

Gegenüber der Beimischung von gentechnisch veränderten Maislinien in Futtermittelimporten wich die EU mit der Entscheidung der Kommission vom 30.10.2009 von ihrer Nulltoleranz-Linie ab. Dies wurde möglich, nachdem im Ministerrat keine eindeutige Entscheidung herbeigeführt werden konnte. So dürfen von nun an „zufällige, technisch unvermeidbare Beimischungen der Maislinien MON88017, MON89034 und 59122xNK603 vorhanden“ sein, wenn diese einen Anteil von 0,9 % nicht überschreiten. Dieser Grenzwert wurde durch Beschlüsse im Agrarministerrat und des EU-Parlaments festgelegt (TRANSGEN, 30.10.09).

Am 02.04.2009 veröffentlichte die Europäische Kommission ihren zweiten Bericht über einzelstaatliche Strategien für die Koexistenz gentechnisch veränderter, konventioneller und ökologischer Kulturen (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2009l). Dieser Bericht stellt fest, dass die Ausarbeitung von Koexistenzvorschriften auf Mitgliedsstaaten (MS)-Ebene zunimmt (2006: vier Vorschriften auf Mitgliedstaaten-Ebene, 2009: 15 Vorschriften auf Mitgliedstaaten-Ebene) und an dem Subsidiaritätsprinzip in diesem Bereich festgehalten werden soll. Weiterhin erstellt das Europäische Büro für Koexistenz (ECoB) in Zusammenarbeit mit den Mitgliedsstaaten kulturspezifische Dokumente über bewährte Praktiken, welche die Effizienz der einzelstaatlichen Maßnahmen verbessern sollen. Der nächste Bericht soll 2011 vorgestellt werden.

Transparenz im Lebensmittelsektor

Im März des Jahres 2009 veröffentlichte die hochrangige Gruppe für Wettbewerb in der Agrar- und Nahrungsmittelindustrie ihren Abschlussbericht mit 30 Empfehlungen (EUROPÄISCHE KOMMISSION, Pressemitteilung 28.10.2009), wobei das Augenmerk auf den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) liegt, die überwiegend auf der Erzeugerseite vertreten sind und die sich einigen wenigen großen Unternehmen auf der Distributionsseite gegenübersehen.

In dem darauf aufbauenden Bericht der Europäischen Kommission über die Funktionsweise der Lebensmittelkette werden konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Transparenz der Lebensmittelver-

sorgungskette vorgeschlagen (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2009m). Diese beinhalten die bessere Kontrolle des Derivathandels, den Austausch von (Preis-) Informationen zwischen den Mitgliedsstaaten und die Überprüfung von Handelshemmnissen innerhalb der Gemeinschaft. Parallel zu ihrem Bericht veröffentlichte die Kommission die erste Ausgabe des europäischen Instruments für die Überwachung der Lebensmittelpreise (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2009n). Hier werden Daten von EUROSTAT und nationalen statistischen Ämtern zusammengeführt. Des Weiteren wurde im November eine umfassende Übersicht über die monatlichen Produktions- und Marktpreise vieler Produkte seit 1997 aus der AGRIVIEW Datenbank zur Verfügung gestellt (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2009o).

4. Entwicklungen in Deutschland

4.1 Entlastung beim Agrardiesel

Nach heftigen und langen Protesten der deutschen Bauern und Verbände, die in einer großen Protestkundgebung Ende Mai in Berlin mündeten, stellte die Bundesregierung eine Entlastung bei der Agrardieselsteuer in Aussicht. Für zwei Jahre wird damit wieder die Regelung von 2005 hergestellt (BMELV, Pressemitteilung 25.05.2009). Alle landwirtschaftlichen Betriebe profitieren künftig wieder vom reduzierten Mineralölsteuersatz von 25,56 Cent pro Liter. Der Selbstbehalt von 350 € je Betrieb bei der Rückvergütung soll entfallen. Außerdem wird die Entlastung nicht mehr auf maximal 10 000 Liter je Betrieb begrenzt. Die geplante Streichung des Selbsthalts und der Obergrenze beim Agrardiesel bedeuten für die Landwirte in den Jahren 2009 und 2010 eine Entlastung von ungefähr 570 Mio. € (BMELV, 2009c).

4.2 Offenlegung der Empfänger von Agrarzahungen

Nach Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 des Rates und Nr. 259/2008 der Kommission sind die Mitgliedsstaaten dazu verpflichtet, die Empfänger von Subventionen aus dem Europäischen Garantiefond für die Landwirtschaft (EGFL) zum 01.04.2009 zu veröffentlichen. Allein Deutschland kam dieser Verpflichtung zunächst nicht nach, da in mehreren Gerichtsverfahren erst geklärt werden musste, ob die Veröffentlichung der Daten mit deutschem Recht vereinbar ist (EUROPÄISCHE KOMMISSION, Pressemitteilung 01.05.2009). Am 16.06.2009 kam Deutschland,

mit Ausnahme von Bayern, seinen Verpflichtungen nach und machte die Datenbank mit Namen und Wohnort der Empfänger und Höhe der Zahlungen für die Haushaltsjahre 2007/08 online verfügbar (BMELV, 2009d). Nachdem die Europäische Kommission mit einem Vertragsverletzungsverfahren (EUROPÄISCHE KOMMISSION, Pressemitteilung 16.06.2009) gegen Deutschland drohte, lenkte auch Bayern ein und veröffentlichte die Daten Anfang August 2009 (SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, 03.08.2009). Auf den Seiten der BUNDESANSTALT FÜR LANDWIRTSCHAFT UND ERNÄHRUNG können nun alle Informationen, geordnet nach Name und Wohnort der Empfänger und Höhe der Zahlungen, abgerufen werden. Neben den Empfängern der Mittel des EGFL sind auch die des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) verzeichnet.

4.3 Genmaisverbot

In der Pressemitteilung des BMELV (14.04.2009) gibt Ministerin Aigner das Verbot, der bisher zum Anbau zugelassenen gentechnisch veränderten (gv) Maissorte MON810 bekannt. Die Ministerin führt in ihrer Begründung an, dass der Anbau von MON810 eine Gefahr für die Umwelt darstellt. Dabei verweist sie auf das 2008 erlassene Verbot in Frankreich und vier weiteren EU-Mitgliedsstaaten sowie die uneinheitliche Auffassung in einer Bewertung des Risikos für die Umwelt durch die beauftragten Bundesbehörden (Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit, Julius Kühn Institut, Bundesamt für Naturschutz). Ein nationales Verbot wird durch die Schutzklausel nach § 20 Abs. 2 Gentechnikgesetz und Artikel 23 der Freisetzungsrichtlinie 2001/18/EG ermöglicht, wenn neue Forschungsergebnisse auf die Schädlichkeit einer Sorte hinweisen. Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit ist in ihrem Gutachten vom 15.06.2009 (EFSA, 2009) über die Verlängerung der Zulassung von MON810 zu dem Ergebnis gekommen, dass es für die Gesundheit von Mensch und Tier genauso sicher ist wie sein herkömmliches Pendant.

Im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP von Oktober 2009 wird generell die Förderung der grünen Gentechnik angestrebt. Als Zugeständnis an die CSU soll es den Ländern erlaubt werden, die Mindestabstände zwischen Feldern mit konventionellen und gv-Sorten zu bestimmen. Obwohl die Länder keine eigenen Verbote über den Anbau von gv-Sorten erteilen sollen können, wird es ihnen durch die Abstandsregelung möglich sein, den Anbau praktisch

unmöglich zu machen (INFORMATIONSDIENST GENTECHNIK, 27.10.2009).

4.4 Lebensmittelimitate

Im März des Jahres kritisierte der Bauernverband erstmals die Lebensmittelindustrie für den Ersatz von Milchprodukten durch ähnlich aussehende Imitate (TOPAGRAR online, Pressemitteilung vom 13.03.2009). DBV-Vizepräsident Udo Folgart kritisierte sowohl die Täuschung von Verbrauchern als auch die Auswirkungen auf den schon angespannten Milchmarkt und rief dazu auf, betreffende Lebensmittel eindeutig zu kennzeichnen und Verbraucher besser über Lebensmittelimitate aufzuklären.

Im Juli 2009 tauchten neben den Milchimitaten auch Schinken- und Garnelenimitate auf, und von vielen Seiten wurden schärfere Gesetze und eine bessere Überwachung der Kennzeichnungspflicht gefordert. Ministerin Ilse Aigner nahm hier die Länder in die Pflicht und verweist auf die bestehende Rechtslage (SÜDKURIER, 09.04.2009). Das HESSISCHE VERBRAUCHERSCHUTZMINISTERIUM (Pressemitteilung, 12.07.2009) gibt an, 72 von 106 Proben wegen falscher Kennzeichnung beanstandet zu haben. Namen der Unternehmen werden indes nur von der Verbraucherzentrale Hamburg genannt, die eine Liste mit Produkten mit irreführender Kennzeichnung veröffentlichte (VERBRAUCHERZENTRALE, 30.10.2009). Weitere Produkte mit irreführender Kennzeichnung werden auf dem Portal <http://www.abgespeist.de> aufgeführt, das von der Nichtregierungsorganisation foodwatch betrieben wird.

4.5 Ampelkennzeichnung für Lebensmittel

Die von Verbraucherschützern, Krankenkassen und vielen Kunden geforderte Einführung einer sogenannten Ampelkennzeichnung von Lebensmitteln scheint unwahrscheinlich. Diese würde Informationen über den Fett-, Zucker-, Salz- und Kaloriengehalt eines Produkts beinhalten und dessen Höhe durch Ampelfarben kennzeichnen. Ende August richteten die Krankenkassen einen offenen Brief an das BMELV und die in der EU zuständigen Politiker und forderten darin zumindest die Möglichkeit für die Mitgliedsstaaten zu erhalten, eine Ampelkennzeichnung auf nationaler Ebene einzuführen. In einer repräsentativen Umfrage, in Auftrag gegeben von der Nichtregierungsorganisation foodwatch, sprachen sich 69 % der Befragten für die Einführung der Ampelkennzeichnung aus (FOODWATCH, Pressemitteilung 24.07.2009).

Als erstes Unternehmen führte die FRoSTA Tiefkühlkost GmbH eine solche Kennzeichnung für vier Produkte ein (FRoSTA Blog, 03.06.2009).

Bereits in einer gemeinsamen Presseerklärung vom 26.02.2008 mit dem Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit begrüßte das BMELV eine verbindliche und einheitliche Lebensmittelkennzeichnung für ganz Europa, lehnt die Ampelkennzeichnung jedoch als zu „holzschnittartig vereinfachend“ ab. Auch die im Oktober 2008 benannte Nachfolgerin Seehofer, Bundesministerin Ilse Aigner, lehnt diese ab bzw. verweist auf die Verhandlungen auf europäischer Ebene (BR-ONLINE, 04.02.2009). In ihrem Koalitionsvertrag sprechen sich CDU/CSU und FDP gegen die Einführung einer Ampel für Lebensmittel aus (SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, 12.10.2009).

Im Verordnungsentwurf der EUROPÄISCHEN KOMMISSION (2008c) blieb lange unklar, ob die Einführung der Ampelkennzeichnung auf nationaler Ebene ebenfalls ausgeschlossen werde. Ein von foodwatch in Auftrag gegebenes Gutachten stimmt dieser Einschätzung zu und nennt dies einen einmaligen Eingriff in die Regelungskompetenz der Mitgliedsstaaten durch die EU (FOODWATCH, 22.07.2009). Die Entscheidung über den Entwurf steht weiter aus.

Literatur

- AEA ENERGY & ENVIRONMENT (2007): Adaptation to Climate Change in the Agricultural Sector. Executive summary. ED05334. Issue Number 1. December 2007. In: http://ec.europa.eu/agriculture/analysis/external/climate/ex_sum_en.pdf.
- AMOA, C.K. (20.10.2009): ECOWAS gets tough on EU. Financial Intelligence. In: <http://www.ghanaweb.com/GhanaHomePage/NewsArchive/artikel.php?ID=170537>.
- BMELV (2009a): Bericht über die Tagung des Rates für Landwirtschaft und Fischerei am 7. September 2009 in Brüssel. In: http://www.bmelv.de/cIn_135/SharedDocs/Standardartikel/Service/Publicationen/EURatsberichte/2009/07_Bruessel.html?nn=312820#doc661156bodyText3.
- (2009b): Kabinett beschließt Sonderprogramm für die Landwirtschaft. In: <http://www.bmelv.de/SharedDocs/Standardartikel/Landwirtschaft/Foerderung/SonderprogrammLandwirtschaftKabinett.html>.
- (2009c): Hilfsmaßnahmen der Bundesregierung für Milchbauern. In: <http://www.bmelv.de/cae/servlet/contentblob/731338/publicationFile/40339/Hilfsmassnahmen-Milchbauern.pdf>.
- (2009d): FAQ-Katalog zur Veröffentlichung der EU-Agrarzahlen. In: <http://www.bmelv.de/SharedDocs/Standardartikel/Landwirtschaft/Foerderung/Direktzahlungen/EUAgrarzahlenFAQ.html>.
- (Pressemitteilung 26.02.2008): Bernhard und Seehofer: Verbindliche, einheitliche Lebensmittelkennzeichnung

- für ganz Europa sinnvoll. In: http://www.bmelv.de/clin_137/SharedDocs/Pressemitteilungen/2008/034-Lebensmittelkennzeichnung.html.
- (Pressemitteilung 14.04.2009): Aigner verbietet den Anbau von MON810. In: http://www.bmelv.de/clin_172/SharedDocs/Standardartikel/Landwirtschaft/Pflanze/GrueneGentechnik/MON%20810.html.
- (Pressemitteilung 25.05.2009): Aigner: Weniger Steuern auf Agrardiesel. In: http://www.bmelv.de/clin_182/SharedDocs/Pressemitteilungen/2009/095-AI-Agrardiesel.html?nn=309810.
- BR-ONLINE (04.02.2009): Ampel-Debatte steht auf gelb. München. In: <http://www.br-online.de/aktuell/aigner-ampel-verbraucherschutz-ID1233741935268.xml>.
- BDM (Bund Deutscher Milchviehalter): Standpunkte. In: <http://bdm-verband.org/html/index.php?module=Content&func=view&cat=32&pid=6>.
- BUNDESANSTALT FÜR LANDWIRTSCHAFT UND ERNÄHRUNG: Empfänger EU-Agrarfonds – Suche. In: <http://www.agrar-fischerei-zahlungen.de/Suche>.
- EFSA (European Food Safety Authority) (2009): Anträge (EFSA-GMO-RX-MON810) von Monsanto auf Verlängerung der Zulassung. The EFSA Journal (2009) 1149: 1-85. Parma. In: http://www.efsa.europa.eu/EFSA/efsa_locale-1178620753824_1211902628240.htm.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2008a): Information Paper on the CARIFORUM-EC EPA. Brüssel. In: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2008/april/tradoc_138569.pdf.
- (2008b): Agriculture and Preferential Trade Relations with ACP Countries, Commodities, Sugar. Brüssel. Oktober 2008. In: http://ec.europa.eu/agriculture/external/dev/acp/detail/sugar_en.pdf.
- (2008c): Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Information der Verbraucher über Lebensmittel. 2008/0028 (COD). 30.01.2008. Brüssel.
- (2009a): General Overview of Active WTO Dispute Settlement Cases Involving the EC as Complainant or Defendant and of Active Cases under the Trade Barriers Regulation. DG-Trade F/2. 04.11.2009. Brüssel. In: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2007/may/tradoc_134652.pdf.
- (2009b): Fact sheet on the interim Economic Partnership Agreements, SADC GROUP. January 2009. Brüssel. In: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2009/january/tradoc_142189.pdf.
- (2009c): Fact sheet on the interim Economic Partnership Agreements, The Eastern African Community (EAC). January 2009. Brüssel. In: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2009/january/tradoc_142194.pdf.
- (2009d): Fact sheet on the interim Economic Partnership Agreements THE PACIFIC: FIJI AND PAPUA NEW GUINEA. Januar 2009. Brüssel. In: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2009/january/tradoc_142192.pdf.
- (2009e): Presentation given to WTO Delegations on the EU's GSP Scheme. 12 March 2009. Brüssel. In: <http://trade.ec.europa.eu/doclib/html/142662.htm>.
- (2009f): Die Lage auf dem Milchmarkt im Jahr 2009. Brüssel. In: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0385:FIN:DE:PDF>.
- (2009g): WEISSBUCH: Anpassung an den Klimawandel: Ein europäischer Aktionsrahmen. Brüssel, den 1.04.2009. In: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0147:FIN:DE:PDF>.
- (2009h): ARBEITSDOKUMENT DER KOMMISSIONS-DIENSTSTELLEN zum Weißbuch über die Anpassung an den Klimawandel: Eine Herausforderung für die Landwirtschaft und ländliche Gebiete in Europa. Brüssel. In: http://ec.europa.eu/agriculture/climate_change/workdoc2009_de.pdf.
- (2009i): The role of European agriculture in climate change mitigation. COMMISSION STAFF WORKING DOCUMENT. 23.07.2008. SEC(2009) 1093. Brüssel. In: http://ec.europa.eu/agriculture/climate_change/sec2009_1093_en.pdf.
- (2009j): Administrative burden reduction; priority area Agriculture / Agricultural Subsidies, Opinion of the High Level Group of Independent Stakeholders on Administrative Burdens. 03/2009. In: http://ec.europa.eu/enterprise/policies/better-Regulation/files/hlg_opinion_agriculture_050309_en.pdf.
- (2009k): Action Plan, 50 proposals of the Action Plan. 03/2009. In: http://ec.europa.eu/agriculture/simplification/actionplan_update_en.pdf.
- (2009l): Bericht der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament über die Koexistenz gentechnisch veränderter, konventioneller und ökologischer Kulturen. KOM(2009) 153. Brüssel. In: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0153:FIN:DE:PDF>.
- (2009m): Report on the Competitiveness of the European Agro-Food Industry. High Level Group on the Competitiveness of the Agro-Food Industry. In: http://ec.europa.eu/enterprise/sectors/food/files/high_level_group_2008/documents/hlg/final_report_hlg_17_03_09_en.pdf.
- (2009n): European Food Prices Monitoring System. In: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/hicp/methodology/prices_data_for_market_monitoring.
- (2009o): EU market prices for representative products (monthly). Agricultural Market. In: http://ec.europa.eu/agriculture/markets/prices/monthly_en.pdf.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (Pressemitteilung 04.04.2007): Wirtschaftspartnerschaftsabkommen: EU bietet Afrika, der Karibik und dem pazifischen Raum uneingeschränkten Marktzugang an. IP/07/476. Brüssel.
- (Pressemitteilung 18.02.2009): Vereinfachung der GAP: Kommission auf dem besten Weg, eine Reduzierung des Verwaltungsaufwands um 25 % bis 2012 zu erreichen. IP/09/1059. Brüssel.
- (Pressemitteilung 06.03.2009): Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik: Kommission begrüßt erfolgreiche Reform des EU-Zuckersektors nach Abschluss des Umstrukturierungsprozesses. IP/09/366. Brüssel.
- (Pressemitteilung 01.05.2009): Transparenz: Empfänger von GAP-Zahlungen jetzt online; Deutschland muss seine rechtlichen Verpflichtungen erfüllen. IP/09/694. Brüssel.
- (Pressemitteilung 04.06.2009): Economic Partnership Agreements: EU and Southern African countries sign interim deal. IP/09/873. Brüssel.

- (Pressemitteilung 16.06.2009): Transparenz: EU-Kommission wird ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland einleiten, da Bayern die Veröffentlichung der GAP-Empfänger verweigert. IP/09/932. Brüssel.
- (Pressemitteilung 17.06.2009): EU and West Africa move forward on regional Economic Partnership Agreement. IP/09/946. Brüssel.
- (Pressemitteilung 30.06.2009): Die krumme Gurke ist wieder da: 'unförmiges' Obst und Gemüse ab dem 1. Juli wieder im Handel. Brüssel. IP/09/1059.
- (Pressemitteilung 11.07.2008): Schulmilch: Neue Regelung soll Verbrauch und gesündere Essgewohnheiten fördern. IP/08/1131. Brüssel.
- (Pressemitteilung 30.07.2009): EU und Papua-Neuguinea unterzeichnen Handels- und Entwicklungsabkommen. IP/09/1210. Brüssel.
- (Pressemitteilung 01.08.2008): Einigung über Handelsliberalisierung für Agrar- und Fischereierzeugnisse zwischen der EU und Israel. IP/08/1233. Brüssel.
- (Pressemitteilung 29.08.2009): Interim Economic Partnership Agreements: Eastern and Southern Africa (ESA). MEMO/09/367. Brüssel.
- (Pressemitteilung 01.10.2009): EBA: end of transitional quotas for sugar and rice. Brüssel. In: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2009/october/tradoc_144966.pdf.
- (Pressemitteilung 02.10.2009): Entwicklung des ländlichen Raums: Erste Genehmigungen der nationalen/regionalen Vorschläge zur Verwendung von Mitteln aus dem GAP-Gesundheitscheck und dem Europäischen Konjunkturprogramm. IP/09/1568. Brüssel.
- (Pressemitteilung 05.10.2009): Milchmarkt: Hochrangige Expertengruppe soll langfristige Maßnahmen für den Milchsektor erörtern. IP/09/1420. Brüssel.
- (Pressemitteilung 09.10.2009): Milchmarkt: Kommission nimmt neue Vorschläge zur Unterstützung der Milchbauern an. IP/09/1501. Brüssel.
- (Pressemitteilung 15.10.2009a): EU und Südkorea paraphieren Freihandelsabkommen. IP/09/1523. Brüssel.
- (Pressemitteilung 15.10.2009b): School Milk Scheme: Extension of products eligible. Agricultural News Digest No. 200. Brüssel.
- (Pressemitteilung 28.10.2009): Kommission schlägt konkrete Maßnahmen zur Optimierung der Lebensmittelversorgungskette in der EU vor. IP/09/1593. Brüssel.
- (Pressemitteilung 24.11.2009): Ländliche Entwicklung: Neue Genehmigungen von Vorschlägen für die Verwendung von Mitteln aus dem GAP-Gesundheitscheck und dem Europäischen Konjunkturprogramm. IP/09/1813. Brüssel.
- (Pressemitteilung 04.12.2009): Milk: Agreement reached on distribution of additional €300 million for dairy farmers. Brüssel. In: <http://ec.europa.eu/agriculture/newsroom/en/373.htm>.
- (Pressemitteilung 15.12.2009): Ending the longest trade dispute in history: EU initials deal on bananas with Latin American countries. IP/09/1938. Brüssel.
- (Pressemitteilung 16.12.2009): Ländliche Entwicklung: Abstimmung über jüngste Änderungen der Entwicklungsprogramme für den ländlichen Raum zwecks Bewältigung der neuen Herausforderungen. IP/09/1945. Brüssel.
- FAO (2009): Anchoring Agriculture within a Copenhagen Agreement, A Policy brief for UNFCCC parties by FAO. In: http://www.fao.org/forestry/foris/data/nrc/policy_brief_sbtabonn.pdf.
- (16.10.2009): Renewed commitment to end hunger. Media Center. In: <http://www.fao.org/news/story/en/item/37421/icode/>.
- FOODWATCH (Pressemitteilung 22.07.2009): Die EU will die Ampel verbieten – und Aigner spielt mit. Berlin. In: http://www.foodwatch.de/kampagnen_themen/ampel_kennzeichnung/ampel_verbot_geplant/index_ger.html.
- (Pressemitteilung 24.07.2009): 77 Prozent der Bürger sagen Nein zum Ampel-Verbot. Berlin. In: http://www.foodwatch.de/kampagnen_themen/ampel_kennzeichnung/foodwatch_umfrage/index_ger.html.
- FROSTA Blog (03.06.2009): Nährwert-Ampel auf FROSTA Gerichten. FROSTA Tiefkühlkost GmbH. In: <http://www.frostablog.de/blog/aktuelles/naehrwert-ampel-auf-frosta-gerichten>.
- HESSISCHES MINISTERIUM FÜR UMWELT, ENERGIE, LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ (Pressemitteilung 12.07.2009): Weinmeister: Erste Erfolge im Kampf gegen Schimmel-Käse & Co. Wiesbaden.
- HILPERT, H.G. (2009): Freihandelsabkommen mit Korea. Stiftung Wissenschaft und Politik. Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. SWP-Aktuell 57, Nov. 2009. Berlin. In: http://www.swp-berlin.org/comm/get_document.php?asset_id=6485.
- ICTSD (International Centre for Trade and Sustainable Development) (2009): Copenhagen Countdown: Agriculture and Climate Change. In: Bridges Weekly Trade News Digest 13 (38). Geneva. In: <http://ictsd.org/i/news/bridgesweekly/58551/>.
- ICTSD (International Center for Trade and Sustainable Development) & IPC (International Food and Agricultural Trade Policy Council) (2009a): International Climate Change Negotiations and Agriculture. In: <http://ictsd.net/downloads/2009/11/international-climate-change-negotiations-and-agriculture.pdf>.
- (2009b): A Copenhagen Agreement Should Consider Agriculture. Statement and Recommendations. In: <http://ictsd.org/i/publications/51597/>.
- INFORMATIONSDIENST GENTECHNIK (27.10.2009): Koalitionsvertrag: Gentechnik-Anbau wird unterstützt. Berlin. In: <http://www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/20825.html>.
- OECD & FAO (2009): Agricultural Outlook 2009-2018. Highlights. In: <http://www.agri-outlook.org/dataoecd/2/31/43040036.pdf>.
- RAT DER EUROPÄISCHEN UNION (2006): Verordnung (EG) Nr. 320/2006 des Rates vom 20. Februar 2006 mit einer befristeten Umstrukturierungsregelung für die Zuckerindustrie in der Europäischen Gemeinschaft und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 über die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik. Amtsblatt der Europäischen Union, L58, 49. Jg. Brüssel.
- (2007): VERORDNUNG (EG) Nr. 1234/2007 DES RATES vom 22. Oktober 2007 über eine gemeinsame Organisation der Agrarmärkte und mit Sondervorschriften

- ten für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse (Verordnung über die einheitliche GMO). Brüssel. In: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2007:299:0001:0149:DE:PDF>.
- (2009a): MITTEILUNG AN DIE PRESSE, 2967. Tagung des Rates, Wirtschaft und Finanzen. 14601/09. Luxemburg.
- (2009b): QUARTERLY REPORT ON THE DAIRY MARKET. Agricultural Council, 19 October 2009. In: <http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/09/st14/st14477.en09.pdf>.
- SPIEGEL ONLINE (07.11.2009): Futtern für das Klima. Daniela Schröder. In: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/0,1518,659296,00.html>.
- SÜDDEUTSCHE ZEITUNG (15.05.09): Bauernpräsident Sonneleitner – „Für die bin ich ein Feind“. Interview mit dem Präsident des deutschen Bauernverband. München. In: <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/197/468760/text/>.
- (03.08.2009): Bayern stellt Empfänger-Liste ins Netz. EU-Agrarsubventionen. München. In: <http://www.sueddeutsche.de/bayern/370/482821/text/>.
- (10.09.09): Streit um den Preis – Keine Milch für die Franzosen. München. In: <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/791/487200/text/>.
- (22.09.09): Milchbauern-Streik – Der Tod im Milchsee. München. In: <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/143/488538/text/>.
- (12.10.2009): Bauernopfer in Berlin. Koalitionsverhandlungen. München. In: <http://www.sueddeutsche.de/bayern/341/490714/text/>.
- SÜDKURIER (09.04.2009): Analog-Käse ist auf dem Vormarsch. Mainz. In: <http://www.suedkurier.de/news/brennpunkte/Ernaehrung-Kaese;art407,3718125>.
- TIMES ONLINE (16.10.2009): World leaders at UN summit vow to aid farmers in bid to help starving. London. In: <http://www.timesonline.co.uk/tol/news/world/europe/article6918616.ece>.
- TOPAGRAR ONLINE (Pressemitteilung 13.03.2009): Bauernverband kritisiert Milchimitate. In: http://www.topagrar.com/index.php?option=com_content&task=view&id=9985&Itemid=521.
- TRANSGEN (30.10.2009): EU-Kommission lässt gentechnisch veränderten Mais zu. Entspannung im Streit um Futtermittelimporte. Aachen. In: <http://www.transgen.de/aktuell/1127.doku.html>.
- VERBRAUCHERZENTRALE HAMBURG E.V. (30.10.2009): Lebensmittelimitate: Die Liste. Hamburg. In: <http://www.vzh.de/~upload/vz/VZTexte/TexteErnaehrung/PlagiatLebensmittelliste.pdf>.
- WTO (2008): Revised draft modalities for agriculture. TN/AG/W/4/Rev.4. Committee on Agriculture. Special Session. In: http://www.wto.org/english/tratop_e/agric_e/chair_texts08_e.htm.
- (2009a): Scope of the conference. In: http://www.wto.org/english/thewto_e/minist_e/min09_e/min09_e.htm.
- (2009b): European Communities – Certain Measures Affecting Poultry Meat and Poultry Meat Products from the United States. DISPUTE SETTLEMENT: DISPUTE DS389. In: http://www.wto.org/english/tratop_e/dispu_e/cases_e/ds389_e.htm.
- WTO, News Item (25.09.2009): Negotiators complete first round on agriculture ‘templates’ and data. Genf. In: http://www.wto.org/english/news_e/news09_e/agng_25sep09_e.htm.
- (20.11.2009): Negotiators focus on data gaps in farm trade talks. Genf. In: http://www.wto.org/english/news_e/news09_e/agng_16nov09_e.htm.

Kontaktautor:

PROF. DR. THOMAS HECKELEI

Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Institut für Lebensmittel- und Ressourcenökonomik (ILR)

Nußallee 21, 53115 Bonn

E-Mail: thomas.heckelei@ilr.uni-bonn.de